

hier zu Hause wie der letzte Mist behandelt werden“.

Daß zwei Monate nach Stammheim der „pauschale Generalangriff auf die Intellektuellen“ als Sympathisanten der Terroristen teils — „soweit Namen genannt wurden“ — abgewehrt, teils abgeflaut ist, beunruhigt Graß eher, als daß es ihn erleichtert.

Denn was der politische Literat da am Werke sieht, sind jene bundesdeutschen Mechanismen politischer Oberflächlichkeit, die im Handumdrehen nach jedem Ereignis neue Tagesordnungen produzieren, zu denen man übergeht, kaum ist „der obligate Aufschrei der Entrüstung“ verhallt.

Längst schon — so Graß — „läuft wieder ein anderer zweiköpfiger Hund

Vorgang“, der „ein gutes Stück Wohl und Wehe dieser Gesellschaft enthält“.

Kein Zweifel, der politische Literat Günter Graß stilisiert Stammheim zum Orakel, ob er denn weiter wie in Mailand guten Gewissens pauschale Verketzerungen der Bundesrepublik zurückweisen kann. Kein Zweifel aber auch, daß er nicht willkürlich irgendein austauschbares Geschehen mit unangemessener Bedeutung befrachtet, um für künftiges Verhalten ein Alibi zu haben.

Denn nicht nur Günter Graß war schon nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs betroffen über Parolen, wie sie etwa in der Universität von Amsterdam auftauchten: „Ulrike Meinhof — gefallen im Kampf gegen den Faschismus“. Inzwischen glauben viele wie er, daß eine radikale Minderheit an den

ÖLKONZERNE

Arm am Beutel

Im Streit um die Supergewinne aus deutschen Ölfeldern soll Bonn nun entscheiden. Die Ölbranche selbst ist in zwei feindliche Lager gespalten.

Im Intercity ab Hamburg-Hauptbahnhof reisen Anfang dieser Woche zwei Dutzend Betriebsräte der Hamburger Mineralölgesellschaft BP in die Bundeshauptstadt Bonn am Rhein. Dort, im Hotel Bristol, wollen sie mit anderen Kollegen aus der Ölbranche eine Kundgebung für „sichere Arbeitsplätze durch Chancengleichheit am Mineralölmarkt“ gestalten.

Die Mannschaft der Bonn-Fahrer nämlich gehört jener Gruppe westdeutscher Mineralölunternehmen an, die sich in der Ursprache ihres Gewerbes als „Have-nots“ (im Gegensatz zu den „Haves“) bezeichnen.

Was die Have-nots nicht haben, sind eigene deutsche Öl- und Gasquellen, und das wiederum beklagen sie sehr: Öl und Gas aus westdeutschen Quellen fließen zwar nicht üppig und bedeuten auch viel Aufwand, indessen werden sie kaum besteuert.

Seit die Staaten des Opec-Rohöl-Kartells vor vier Jahren den Ölpreis von zwei auf acht und später fast zwölf Dollar je Barrel (159 Liter) hochgetrieben haben, ist das teure deutsche Öl deshalb billiger als jedes andere auf dem Weltmarkt.

Die Eigner deutscher Öl- und Gasquellen — Shell, Esso, Mobil Oil, Texaco und die BASF-Tochter Wintershall — konnten mit ihren heimischen Supergewinnen, „windfall profits“ genannt, die am deutschen Markt chronischen Verluste bei der Verarbeitung importierten Rohöls immer wieder ausgleichen.

So schaffte es etwa die US-Tochterfirma Esso vergangenes Jahr, aus deutschem Grund bare 250 Millionen Mark Gewinne einzufahren, nahezu die gleiche Summe, die sie ihrem amerikanischen Großaktionär Exxon als Dividende überwies.

Auf über 2,1 Milliarden Mark Gewinn vor Steuern bezifferte der Hamburger Ökonomie-Professor Harald Jürgensen die windfall profits der „Haves“, etwa 900 Millionen davon allein aus dem Öl.

Der Kieler Ökonomie-Professor Manfred Willms setzt die Windfalls etwas vorsichtiger bei 1,579 Milliarden Mark an, 518 davon beim Öl. Bundesfinanzminister Hans Apel geht, noch bescheidener, von insgesamt 1,2 Milliarden Mark aus.

Die „Haves“ ziehen sich deshalb gerne auf die Zahlen des Bonner Finanzministeriums zurück. Die anderen, die der Professoren nämlich, erklären sich



Italienreisender Graß (Pfeil) in Mailand: „Zu Hause wie der letzte Mist behandelt“

durchs Dorf“ — ausgeleuchtet von den Scheinwerfern der Tagesschau-Teams, knallig eingefangen von den Schlagzeilen der Pressekonzerne, kurzatmig und schrill bejammert oder beklatscht von Politikern und Parteien.

Vor diesem Hintergrund — illustriert etwa durch das ruchlose Geschick, mit dem „der nun wahrhaftig rechtsextreme Franz Josef Strauß“ einen Skandal (seinen Chile-Auftritt) verschwinden läßt, indem er einen anderen (Unions-Spitzenkandidatur) auslöst — bekommt die Untersuchung von Stammheim für Graß die signalhafte Bedeutung, den Watergate-Symbolwert. Je beiläufiger die Justizaffäre in der Öffentlichkeit behandelt wird, desto mehr wird ihm ihre sorgsame Aufklärung und ihre politisch verantwortliche Bereinigung zum „einschneidenden

Rändern der zugleich mißtrauischen und zum Opportunismus erzogenen jungen Generation den Namen Meinhof längst durch Baader, Raspe, Ensslin ersetzt hat.

Nicht da freilich sieht Graß die Hauptgefahr. Mit vielen Politikern — insbesondere in der SPD — fragt er nach der verheerenden Wirkung auf die Mehrheit der jungen Generation, die schon jetzt mit passivem Zynismus hinnimmt, was immer ihr vorgeführt wird. Diese schweigende Jugend, so befürchtet Graß, bietet sich an als Zulauferschaft für jeden Demagogen, der geschickt genug ist, Marxismus und Umweltschutz, Antikernkraft-Wut und Haß auf „die da oben“ explosiv zusammenzufassen.

Graß: „Da muß nur einer kommen, der ein Bündel zu schnüren weiß.“

Erfol und
in der Not



BP-Chef Budenberg
Betriebsräte aktiviert

für übertrieben. Professor Jürgensen, als teurer Gutachter bundesweit bekannt, habe für ein BP-Gutachten Sold in sechsstelliger Summe bezogen, Professor Willms sei in jüngeren Jahren gar selbst Angestellter der Hamburg BP gewesen.

Die Textbücher, nach denen Willms und Jürgensen deklamieren, ähneln denn auch dem des BP-Chefs Hellmuth Budenberg in vielen Details. Alle drei bieten Denkmodelle auf, nach denen der westdeutsche Öl- und Gasschatz nicht mehr den Ölmultis, sondern der deutschen Volksgemeinschaft dargebracht werden solle.

So dachte BP-Budenberg schon vor Monaten laut darüber nach, die Supergewinne aus deutschem Öl in einen Fonds einzuzahlen, aus dem die Förderung neuer Technologien im Energiebereich finanziert werden solle. Budenberg: „Auf diese Weise bleiben unsere nationalen Reserven im Land.“

Dieses System wird auch von Professor Jürgensen warm empfohlen, weil es „einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit in diesem weiteren Sinne“ leiste. Auch der Kieler Willms macht sich für das Fonds-System stark, weil es die durch reinen Zufall entstandenen Wettbewerbsverzerrungen zwischen Reichen und Habenichtsen glätte, dem Fiskus Mittel zur Energiepolitik zuschanze und durch den Zwang zu hohen Preisen den Energieverbrauch drosselle.

Daß gerade BP-Chef Budenberg zum Sprecher der Habenichtse avancierte, liegt an der prekären Lage seines

Die UHERchen

HiFi zum Mitnehmen

Die beiden kleinsten Cassettengeräte von UHER haben es in sich. HiFi auf dem letzten Stand der Technik. Mit Automatik, eingebautem Mikrofon und Stereo-Endstufe. Zwei Cassettengeräte für immer und überall.

Bei aller HiFi-Technik und Raffinesse sind die beiden ausgesprochen robust. Überall einsatzbereit. Hart im Nehmen. Und HiFi-mobil. Als Ergänzung Ihrer HiFi-Stereo-Anlage ein idealer Baustein. Mit Werten, die manch größerem Gerät die Sprache verschlagen. Das ist eben UHER Spitzenklasse. Jetzt und in Zukunft.

CR 210

Das kleinste netzunabhängige HiFi-Stereo-Cassettengerät der Welt mit opto-elektronischer Laufwerksteuerung. Non-stop-Wiedergabe durch Auto-Reverse und Accessoire-Buchse für Film- und Dia-Freunde. Ohne Dolby*.

CR 240

Nicht viel größer als das 210. Aber als einziges transportables HiFi-Stereo-Cassettengerät der Welt mit speziell entwickelter, stromsparender Dolby*-Rauschunterdrückung. Getrennte Aussteuerung (koppelbar), 3-Band-sorten-Wahlschalter und Leuchtdioden-Anzeige. Ohne Auto-Reverse und Accessoire-Buchse.

Beide Geräte haben einen stabilen Druckfuß-Rahmen, FET Aussteuerungs-Automatik, eingebautes Kondensator-Mikrofon, eingebaute Stereo-Endstufe und Kontroll-Lautsprecher. Beide Geräte übertreffen die HiFi-Norm DIN 45 500 in allen Werten.

KLEIN ODER NOCH KLEINER - DAS IST DIE FRAGE...

* eingetragenenes Warenzeichen der Dolby Laboratories Inc.



UHER
Die HiFi-Totale

Die technischen Daten bitte!

Schicken Sie mir umgehend Informationen über die HiFi-Cassettengeräte CR 210 und CR 240 an diese Anschrift:

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 UHER WERKE MUNCHEN Barmseestraße 11 8000 München 71
 SP 2



Shell-Chef Welbergen
Verwirrung produziert

Unternehmens. Weil die mit Rohöl-überschüssen hantierende Londoner Konzernmutter sich nie für deutsche Quellen interessierte, hat Buddenberg nun als einziger unter den großen deutschen Ölmanagern nichts zum Ausgleich der Verluste. 1975 meldete er den BP-Herren in London einen 277-Millionen- und 1976 einen 70-Millionen-Verlust. Buddenberg: „Lange kann ich meinen Großaktionär nicht mehr davon überzeugen, in Deutschland investieren zu müssen.“

Beim eigenen Betriebsrat und beim Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose ging der BP-Mann noch weiter: Falls die windfall profits nicht beseitigt werden, müsse die Hamburger BP-Raffinerie dichtmachen.

Von dem in letzter Zeit hierzulande handelsüblich gewordenen Kartell zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und Gebietskörperschaft erhofft der BP-Mann sich nun hinreichenden Druck auf Bonn. Dessen Finanzminister Hans Apel, ebenfalls ein Hamburger, ist denn auch durchaus geneigt, die „Haves“ mit einer besonderen Verbrauchssteuer zu belasten.

Doch die fühlen sich noch längst nicht aus dem Rennen. Shell-Chef Johannes C. Welbergen, der den windfall-Streit auch noch in dem von ihm geleiteten Mineralölwirtschaftsverband (MWV) zu moderieren hat, bellerte zurück, die Buddenberg-Lösung habe nur zur Folge, daß außer der BP nun „auch alle anderen arm“ würden.

Welbergens Verband sandte deshalb eine Verlautbarung in Sachen windfall profits nach Bonn, aus der schiere Verwirrung zu entnehmen ist: Die

MWV-Funktionäre trugen für die „Gruppe A“ der „Have-nots“ und die der „Haves“ („Gruppe B“) die jeweils vertretenen kontroversen Standpunkte vor. Was die Branche nicht schaffte, soll das Kabinett nun tun: dem einen oder dem anderen Recht geben.

Für BP-Buddenberg, den Betriebsrat und den Klose im Schlepp, gibt es keinen Zweifel, was zu geschehen hat. Selbst daß die anderen dann gleichfalls arm werden, wertet der A-Gruppen-Führer kühn als Vorteil für die Branche: „In der gemeinsamen Not“, sprach Buddenberg, „wird die Branche endlich wieder zur Einheit finden.“

SCHIEINTOD

Tiefer Seufzer

Allein in Baden-Württemberg wurden innerhalb eines Jahres viermal Totenscheine für noch Lebende ausgestellt. Rechtsmediziner fordern spezielle Leichenschau-Ärzte.

Die 41jährige schrieb, an einem Mai-Abend vorigen Jahres, einen Abschiedsbrief, setzte sich in der Garage in ihr Auto und schluckte eine Überdosis Schlaftabletten. Am anderen Morgen wurde sie aufgefunden und von einem Arzt, nachdem er den Puls gefühlt und „irgendwie das Genick“ untersucht hatte, für tot erklärt.

Wie es das baden-württembergische Bestattungsgesetz bei „Anhaltspunkten für einen nicht natürlichen Tod“ vorschreibt, unterrichtete der Mediziner die Polizei über den Vorfall im Schwäbischen — mit dem Hinweis, er habe „die Leiche im Fahrzeug belassen“.

Die scheinbar Tote lebt noch heute. Den Kripo-Beamten war bei der Leichenschau „eine leichte Bewegung auf der rechten Halsseite“ aufgefallen, und auch der Arzt konstatierte dann doch „Pulsationen der Halsschlagader und eine flache Atmung“. Nach sechstägigem Klinikaufenthalt und zweimaliger Blutwäsche war die Frau, so später der ärztliche Befund, „wieder bewußtseinsklar“.

Wie „fehlerhaft“ mitunter „Feststellungen des Todesintritts“ getroffen werden, dokumentierte der Tübinger Gerichtsmediziner Professor Hans-Joachim Mallach Ende November in der Stuttgarter Fachzeitschrift „Medizinische Welt“. Danach wurden allein in Baden-Württemberg binnen Jahresfrist vier Scheintod-Fälle aktenkundig, in denen Ärzte voreilig Todesbescheinigungen ausstellten.

So hielt ein Notarzt im September vorigen Jahres eine 23jährige, mangels Puls- oder Atemtätigkeit und mittels Pupillentests, für tot. Wohl beobachtete er ein „intervallartiges Absinken des Unterkiefers“ und Bewegungen „im

Bauchbereich“, die er jedoch als „Zwerchfellkrämpfe nach klinisch eingetretenem Tod“ deutete. Einen zweifelnden Polizisten belehrte er, laut Protokoll, es handle sich um eine „Schnappatmung, diese gäbe es öfters“. Wiederbelebungsversuche stabilisierten immerhin vorübergehend die Atmung, das Elektrokardiogramm (EKG) zeigte regelmäßige Zuckungen — wenn auch nur noch für kurze Zeit.

Auch in den beiden anderen Fällen überlebten die Patienten den ärztlich attestierten Todeszeitpunkt lediglich um Stunden. Als, ebenfalls im September 1976, an einer 55 Jahre alten Frau die Leichenschau vorgenommen werden sollte, bemerkte ein Kripo-Beamter, „daß sich der Brustkorb zwar schwach, aber doch deutlich sichtbar an hob und wieder senkte“. Auch erkannte er „gelegentliches Zucken des halb geöffneten Mundes“ — womit für ihn „klar“ war, „daß die Frau noch



Tübinger Gerichtsmediziner Mallach
Tod oder Tiefschlaf?

lebte“. Und im Mai dieses Jahres war es ein Friedhofswärter, dem auffiel, daß eine 79 Jahre alte Frau im Sarg „noch schnappend“ atmete.

In allen vier Fällen lagen Schlafmittel-Vergiftungen vor, weshalb die Polizei eingeschaltet werden mußte. Diesem Umstand ist wohl auch zu verdanken, daß die irrigen Todesbescheinigungen überhaupt entdeckt wurden. Darüber, wie oft — bei normalem Tod — möglicherweise noch Lebende beerdigt werden, mag Rechtsmediziner Mallach lieber gar nicht erst spekulieren.

Die Schuld an den tödlichen Fehl-diagnosen schreibt Mallach indes nicht